

**Nr. 19/1195**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Die soziale Säule der Europäischen Union stärken!  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1799](#))
2. Umsetzung des neuen Gesamtplanverfahrens der Eingliederungshilfe im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 14. November 2018  
(Drucksache [19/1917](#))
3. Inklusive Kulturpolitik in Bremen – wo stehen wir im Jahr 2018?  
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 20. November 2018  
(Drucksache [19/1920](#))
4. Menschenhandel und Zwangsprostitution – Wie stellt sich die Situation im Land Bremen dar?  
Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 27. November 2018  
(Drucksache [19/1928](#))
5. Entwicklung von Altersarmut im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 4. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1944](#))
6. Konzept „Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Land Bremen“  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 5. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1947](#))
7. Stand der Digitalisierung in Bremens öffentlicher Verwaltung  
Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 18. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1970](#))

**Nr. 19/1196**

**Fünftes Hochschulreformgesetz**

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1971](#))

1. Lesung

Diese Mitteilung ist von dem Senat zurückgezogen.

## Nr. 19/1197

### Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Hartz-IV-Sanktionen vor dem Bundesverfassungsgericht: Politik muss handeln statt abwarten!“**

## Nr. 19/1198

### Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 22. Januar 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze  
Mitteilung des Senats vom 20. November 2018  
(Drucksache [19/1922](#))  
2. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
2. Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH (nordmedia) für das Jahr 2017  
Mitteilung des Senats vom 27. November 2018  
(Drucksache [19/1936](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Senats Kenntnis.
3. 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 16. März 2018  
(Drucksache [19/1583](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 40. Jahresbericht Kenntnis.
4. Stellungnahme des Senats zum 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz  
Mitteilung des Senats vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1801](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.
5. 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Stellungnahme des Senats  
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 6. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1950](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

6. Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes zwischen Bremerhaven und Verden endlich vorantreiben
- Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP  
vom 21. Dezember 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/1969](#) vom 14. Dezember 2018)  
(Drucksache [19/1985](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, umgehend in Abstimmung mit dem Land Niedersachsen Gespräche mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) einzutreten, um den vordringlichen Bedarf der Elektrifizierung der Bremen umfahrenden Ausweichstrecke von Bremerhaven über Bremervörde und Rotenburg nach Verden festzuschreiben.
- In diesen Gesprächen sind auch Wege außerhalb des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) zu betrachten, um das Vorhaben beschleunigt umzusetzen.
- Das BMVI ist zudem aufzufordern, bereits mit dem Ausbau der Strecke Verden – Rotenburg die Verbindungskurve zur EVB-Strecke zu bauen.
7. Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union – (Bremisches Brexit-Übergangsgesetz – BremBrexitÜG)
- Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1972](#))  
1. Lesung  
2. Lesung
- Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
8. Geschäftsbericht, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht Produktgruppencontrolling des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017
- Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1973](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Geschäftsbericht, die Haushaltsrechnung und den Abschlußbericht Produktgruppencontrolling an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss.
9. Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode
- Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1975](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.
10. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Bremen verwirklichen
- Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1976](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
11. Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen – Teilhabe fördern und Diversität gestalten
- Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1977](#))
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

12. 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit  
vom 16. März 2018  
(Drucksache [19/1584](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 12. Jahresbericht Kenntnis.
13. Stellungnahme des Senats zum 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit  
Mitteilung des Senats vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1802](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.
14. 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit und Stellungnahme des Senats  
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit  
vom 9. Januar 2019  
(Drucksache [19/1986](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

#### **Nr. 19/1199**

#### **Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP  
vom 29. Mai 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)  
(Drucksache [19/1692](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die bestehende Fachkräftestrategie gemeinsam mit den Unternehmen in Bremen und Bremerhaven weiterzuentwickeln, um hier ansässige Unternehmen darin zu unterstützen, Fachkräfte zu gewinnen, sie auszubilden und zu halten;
2. die berufliche Qualifizierung und die Berufsausbildung durch Investitionen in das Berufsschulsystem vor dem Hintergrund technischer Innovation und veränderter Berufsbilder zu stärken;
3. die Berufsschulen durch investive und organisatorische Maßnahmen in die Lage zu versetzen, für Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berufliche Weiterqualifizierung im Sinne berufsbezogenen „lebenslangen Lernens“ anzubieten;
4. die Berufsschulen darin zu unterstützen, verstärkt Teilzeitausbildungen zu realisieren, um allen jungen Bremerinnen und Bremern eine ihren Lebenslagen angepasste berufliche Qualifizierung zu ermöglichen;
5. auch über geförderte Ausbildungsverbünde und andere flankierende Maßnahmen Unternehmen darin zu unterstützen, mehr Ausbildungsplätze für potenzielle Fachkräfte zu schaffen und diese erfolgreich zu besetzen und die Ausbildung erfolgreich abzuschließen;
6. betriebsübergreifende Nachwuchsprojekte gemeinsam mit Kammern und Unternehmen zu entwickeln und zu unterstützen;
7. Studien- und Ausbildungsgänge zu entwickeln, die insbesondere unsere Wachstumsbranchen bei der Fachkräfterekrutierung gezielt unterstützen;

8. gemeinsam mit den Hochschulen und Universitäten die Netzwerke zu den Unternehmen auszubauen sowie die Verknüpfung der Bedarfe aus der Wirtschaft und der akademischen Ausbildung zu intensivieren und hierbei insbesondere ausreichend Masterstudiengänge in Bremen anzubieten;
9. die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Universitäten zusammen mit der Wirtschaftsförderung bei der Fachkräfterekrutierung zu einem zentralen Argument des Standortmarketings zu machen;
10. die Angebote berufsbegleitenden Studierens zu evaluieren und ebenfalls mit den Unternehmen gemeinsam weiterzuentwickeln und auszubauen;
11. Bremens und Bremerhavens Stärken auch als Standorte wissenschaftlicher Einrichtungen im Standortmarketing stärker herauszustellen;
12. Angebote zur Weiterbildung, Aufstiegsfortbildung und zum dualen Studium anhand der Bedarfe der Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszubauen und stärker auf den Fokus der Digitalisierung auszurichten;
13. gemeinsam mit den Trägern der Weiterbildung und den Unternehmen die Angebote zur Weiterbildung auszubauen und stärker auf Innovation und Digitalisierung auszurichten;
14. innerhalb der Cluster spezifische Projekte zur Fachkräftegewinnung – gemeinsam mit Betrieben, Universitäten und Hochschulen – zu entwickeln, um gezielt mehr Fachkräfte auszubilden und neue Fachkräfte für den Standort Bremen zu gewinnen;
15. der Bürgerschaft (Landtag) einmal jährlich zu berichten.

#### **Nr. 19/1200**

##### **Fachkräftesicherung erfordert Taten statt Worte**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1823](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Nr. 19/1201**

##### **Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms – Mitteilung des Senats nach § 5 Absatz 4 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG)**

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1974](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

**Nr. 19/1202**

**Feststellungen und Bewertungen des staatlichen Controllingausschusses zur Veräußerung der bremischen Anteile an der Bremer Landesbank**

Bericht des staatlichen Controllingausschusses  
vom 20. August 2018  
(Drucksache [19/1776](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Controllingausschusses Kenntnis.

**Nr. 19/1203**

**Fürsorgepflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte endlich ernst nehmen – Sofortprogramm „Überstundenabbau bei der Polizei“ auf den Weg bringen!**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 17. Januar 2019  
(Drucksache [19/2001](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.